

Preis: Die 8-spaltige Mittelzeile über deren Raum 100.— Mark, Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 40.— Mark. Kleine Anzeigen per Wort 5.— Mark. — Die 4-spaltige Mittelzeile 8-spaltig über deren Raum im Text 280.— Mark.

Schlesische

Preis: Durch Auslieferung Einzelnummer 200 Mk. 1000.— Mk. pro Woche, Durch die Post Einzelnummer 200 Mk. 1000.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an die Prod.-Genossenschaft. — Redaktionssprechstunde: 5—8 Uhr nachm. Postfachkonto: Breslau Nr. 810 69. — Fernspr.: Breslau, Ring 8887.

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Nummer 96.

Mittwoch, den 25. April 1923.

5. Jahrgang.

Von Frankfurt bis Hamburg.

Vom Internationalen Aktionskomitee zum Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus wird uns geschrieben:

Die 2. und 2 1/2. Internationale haben zum 21. Mai ihre Verschmelzungskonferenz nach Hamburg einberufen.

Was soll die Verschmelzung? Soll sie, wie in der Presse dieser Internationale zu lesen ist, zu einer Stärkung der Aktionskraft der internationalen Arbeiterbewegung führen? Diese Frage, die Stärkung oder vielmehr die Schaffung der Aktionskraft der internationalen Arbeiterbewegung, ist ohne Zweifel gegenwärtig die wichtigste, die Lebensfrage des Proletariats. Aber für ihre Lösung ist nichts getan durch eine Vereinigung Mostes und Fritz Adlers in einer Internationale. Für ihre Lösung ist allein wesentlich, ob die Führer der 2. und 2 1/2. Internationale jetzt wirklich, angeichts der ersten Gefahren, die dem Proletariat drohen, den Kampf wollen. Ob sie bereit sind, so wie es von der Frankfurter Konferenz ihnen vorgeschlagen wird, gemeinsam mit der Kommunistischen Internationale und allen Arbeitern der Welt den Kampf gegen Kriegsgefahr, Faschismus und die Herrschaft des Kapitalismus überhaupt zu beginnen.

Die revolutionären Arbeiter der Welt haben alle Ursache, in dieser Beziehung äußerst mißtrauisch gegen die Führer der Londoner und Wiener Internationale und gegen ihre Verschmelzung zu sein. Sie kennen die Taten eines Moste und Ebert, der Führer der deutschen Sozialdemokratie. Sie wissen, daß sich die Führer der verschiedenen Parteien der 2. Internationale bisher in allen kritischen Situationen an die Reichshöhe ihrer nationalen Bourgeoisie hingen, statt internationalen Klassenkampf zu führen. Vor allen Dingen wiederholt sich jetzt wie im Weltkrieg das vollständige Verlagen der 2. und 2 1/2. Internationale anlässlich des Vorstoßes des französischen Imperialismus ins Ruhrgebiet. Bei der Schaffung einer internationalen, kampffähigen Einheitsfront in Frankfurt a. M. waren sie trotz mehrfacher Einladung nicht anwesend. Sie sabotierten bisher jeden Versuch, durch die Schaffung einer Einheitsfront das Proletariat kampffähig zu machen.

Trotzdem hat die Frankfurter Konferenz beschlossen, die 2. und 2 1/2. Internationale durch besondere Delegationen nochmals zur Bildung der Einheitsfront, zum Kampf gegen Kriegsgefahr und Faschismus aufzufordern. Bei der Exekutive der 2 1/2. Internationale ist bereits eine Delegation gewesen. Der Verlauf der Besprechung zeugt nicht von gutem Willen der Führer der 2 1/2. Internationale. Sie lehnten es ab, mit den Genossen mündlich zu verhandeln und erklärten, eine schriftliche Antwort geben zu wollen. Diese Antwort ist bis heute noch nicht da. Ihr Inhalt wird der Arbeiterschaft der Welt zeigen, ob die Führer der 2 1/2. Internationale die Einheitsfront des internationalen Klassenkampfes wollen oder ob sie sich mit den Führern der 2. Internationale nur vereinigen, um den Kampf gegen die kommunistischen Arbeiter in verstärktem Maße fortzusetzen.

Zur Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale und zur 2. Internationale wird das Internationale Aktionskomitee in der nächsten Zeit die Delegation entsenden. Dann werden auch die Führer dieser Internationale nochmals Gelegenheit haben, ihre Stellung zur proletarischen Einheitsfront zu präzisieren.

Das alles geschieht, weil sich die Vertreter der revolutionären Arbeiterschaft aller Parteien auf der Frankfurter Konferenz betraut waren, daß die Sammlung

Der Ruhrhandel dauert an!

Der Dollar 30 000.

Breslau, 25. April.

Die Verhandlungen darüber, wie sich die endgültige Kapitulation der deutschen Bourgeoisie vollziehen soll, sind noch immer nicht beendet. Die heutigen Berliner Morgenblätter melden, daß der Reichszentraler gestern außer mit Vertretern des Reichsverbandes der deutschen Industrie noch mit führenden Finanzleuten Besprechungen über die gesamte politische und wirtschaftliche Lage abgehalten. Entgegen anderslautenden Meldungen stellen die Blätter fest, daß bisher bindende Beschlüsse in der Reparationsfrage von der Reichsregierung noch nicht gefaßt worden sind.

Die Meldungen, daß die deutsche Regierung bereits ein festes Angebot in der Sache habe, waren also unbegründet. Die bürgerliche Presse gesteht kleinmütig ein, sie seien ein „unbegründeter Optimismus“ gewesen.

Die Besprechungen des Kanzlers mit den Kapitalisten gestalten sich weit schwieriger als die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern. Während mit den Gewerkschaftsführern bald Einmütigkeit darüber erzielt wurde, daß die Gewerkschaften künftig keine Lohnforderungen stellen werden, fesseln die Kapitalisten länger und zäher um ihr Geschäft, das sie bei dem bevorstehenden Rückzug machen wollen. Besser gesagt, sie knabern mit den

willfährigen Regierung aus, wie sie das Geschäft recht einbringend gestalten und alle Lasten auf die Schultern des Proletariats legen können.

Die Folgen des bis zur Stunde ergebnislosen Ruhrhandels bleiben nicht aus. Der Dollar hatte in Berlin gestern nachmittag einen Stand von 30 250 Mark erreicht!

Als vor Tagen der Dollar ganz unerwartet nach oben schnellte, brachte die Reichsbank die Spekulation vornehmen und werde die Mark wieder stabilisieren, wenn der Dollar einen bestimmten Stand erreicht hat. Tatsächlich ging der Dollar wieder auf 28 000 zurück und hielt sich einige Tage — wenn auch schwankend. Jetzt hat er die 30 000 bereits wieder überschritten. Möglicherweise, daß es der Reichsbank noch einmal gelingt, ihn zu „halten“ — lange wird aber diese Herrlichkeit nicht dauern. Denn steigt der Dollar wie nie zuvor, und wir kommen hinein in den Wirbel des völligen Zusammenbruchs.

Die Gewerkschaftsführer haben auf Grund der „Markstabilisierung“ mit der Regierung vereinbart, Lohnforderungen nicht zu stellen. Mit jedem Steigen des Dollars verschlechtert sich die Lage des Proletariats. Auf diese Weise sollen die Arbeiter alle Lasten der Kapitulation der deutschen Bourgeoisie tragen.

Eine Ausnahmeverordnung Eberts.

W.B. Berlin, 24. April. Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung vom 17. April hat folgenden Wortlaut:

Art. Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung für das deutsche Reichsgebiet folgendes verordnet:

- § 1: Personen, von denen Unterstützung der an dem widerrechtlichen Einbruch in deutsches Reichsgebiet beteiligten Mächte zu besorgen ist, können zur Verhinderung des Eintritts in das besetzte und das Einbruchsgebiet in der persönlichen Freiheit beschränkt werden. Artikel 114 der Reichsverfassung wird insoweit vorübergehend außer Kraft gesetzt.
- § 2: Der Reichsminister des Innern ernennt einen Regierungskommissar, der ermächtigt ist, die zur Durchführung des § 1 erforderlichen Anordnungen zu treffen. Der Regierungskommissar untersteht der Dienstaufsicht des Reichsministers des Innern, hat seinen Befehlen Folge zu leisten und ist ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern seinerseits Unterbevollmächtigte zu bestellen. Wer den von dem Regierungskommissar oder seinen Bevollmächtigten erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder zu solchen Zuwiderhandlungen auffordert oder anreizt, oder wer vorsätzlich einem Eruchnen des Regierungskommissars oder seiner Bevollmächtigten nicht nachkommt, wird, sofern nicht die bestehenden Gesetze höhere Strafen bestimmen, mit Gefängnis oder Haft oder Geldstrafe bis zu zwei Millionen Mark bestraft.
- § 3: Alle Zivilbehörden haben den zur Durchführung der nach § 1 erforderlichen Maßnahmen an sie gerichteten Schritten Folge zu leisten.
- § 4: Auf Beschränkungen der persönlichen Freiheit findet das Gesetz betreffend Verhaftung und Aufenthaltspflichten auf Grund des Kriegszustandes und Belagerungszustandes vom 4. Oktober 1916, Reichsgesetzblatt Seite 1329 mit der Maßgabe entsprechende Anwendung, daß an Stelle des Reichsmilitärgerichts der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik tritt. Der Staatsgerichtshof entscheidet in der im § 12 Absatz 2 Satz 4 des Gesetzes vom 21. Juli 1922 Reichsgesetzblatt Seite 5875 bestimmten Befugnis. Auf das Verfahren finden im übrigen die Bestimmungen der §§ 2, 3 und 5 der Verordnung über das Verfahren vor dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Verwaltungsachen vom 1. August 1922 Reichsgesetzblatt S. 675 Anwendung.
- § 5: Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Neue Arbeitslosen-Kurven. Wieder ein Loter.

Katernberg, 24. April. Hier kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Feuerwehr und etwa 80 Arbeitslosen und Notstandsarbeitern. Die Arbeitslosen waren demonstrierend vor das Rathaus gezogen, um ihre Forderungen zu erheben. Die Feuerwehr wurde daraufhin alarmiert und rüde gegen die Demonstranten vor. Bei dem Zusammenstoß gab es mehrere Verletzte, darunter einige Schwerverletzte. Ein Arbeiter ist seinen Verwundungen erlegen. Die Feuerwehr verhaftete vier Demonstranten und brachte sie nach Glien.

Die deutsche Bourgeoisie veranstaltet ein Arbeiterprogramm nach dem andern, um unter dem Geßatter der Maschinenengewehr und dem Gekirr der Polizeifabel ihrem Unfalle zu verdecken.

Mussolini schafft die Matzeier ab.

Rom, 20. April 1923. Der Ministerrat hat beschlossen, die 1. Matzeier abzuwaffen und den 21. April der Ordnung Rom's als Feiertag der Arbeit zu erklären. Alle früheren der Arbeiter und den Unternehmern bestehende Verträge bezüglich der Feiern des 1. Mai sollen auf die 21. April-Feier übertragen werden.

Wenn Stinnes ins besetzte Gebiet fährt, nur mit Souverän oder dessen Agenten um die Prägung im Geschäft zu fesseln, so ist das keine Unterstützung der Besetzungskräfte. Auch dann nicht, wenn der Ruhrhandel mit Verschärfung deutschen Gebietes unter Gewinnbeteiligung des Herrn Stinnes endet. Es bleibt dann immer noch etue patriotische Tat.

Wenn aber ein Kommunist ins Ruhrgebiet fährt um den Ruhrarbeitern zu helfen im Kampfe gegen den französischen Militarismus und den deutschen Nationalismus, dann ist das Landesverrat und muß bestraft werden! Und darum die Ausnahmeverordnung.

Herr Ebert hat ein feines Instinkt dafür, was er im Interesse seines Herren tun muß!

Bulletin über Lenins Gesundheitszustand.

Moskau, 22. April. In den letzten Tagen traten wieder geringe Temperaturschwankungen ein, die eine gewisse allgemeine Schwäche zur Folge hatten. Trotzdem wird in der Sprachfähigkeit und in den Bewegungen der rechten Hand und des rechten Fußes eine weitere Besserung konstatiert. Heute ist die Temperatur 37,8, der Puls 112, die Atmung 22.

Für einen tschechoslowakischen Betriebsrätekongress.

Prag, 23. April 1923. Die kommunistische Fraktion des Betriebsrates in den Pilsener Stadwerken forderte, daß sich der Stoba-Betriebsrat mit allen Betriebsausschüssen im ganzen Staate in Verbindung setze und gemeinsam mit den Gewerkschaftszentralen und den Parlamentsfraktionen aller Arbeiterparteien für die Erweiterung der Kontrolle über die Betriebsräte eintrete. Auch in der Lohnfrage und in der Herabsetzung der Steuerbelastung sollen die Betriebsräte die Initiative ergreifen. Zu diesem Zwecke wird die Schaffung einer Organisationszentrale der Betriebsausschüsse in der Tschechoslowakei und die Einberufung eines Betriebsausschüssekongresses vorgeschlagen, der einen Vollausschuß als oberstes Organ wählen soll.

Bürgerliche Mehrheit im Kreistag?

Die „Schlesische Zeitung“ meldet, daß die weiteren Feststellungen über die Kreistagswahl in Breslau ergeben, daß das Zentrum einen Sitz mehr und unsere Partei einen Sitz weniger erhalte, da wir nicht, wie anfänglich gemeldet, 2044, sondern 2564 Stimmen auf uns vereinigten.

Nach der Berechnung der „Schlesischen Zeitung“, die bereits über eine bürgerliche Mehrheit triumphiert, würden im neuen Kreistag 13 bürgerliche Abgeordnete gegen 12 Sozialdemokraten und Kommunisten stehen, sodaß das Verhältnis nicht 14:14, sondern 15:13 steht. Die endgültige Bekanntgabe des Wahlergebnisses findet am Freitag, den 27. April im Kreiswahlschuß statt.

Sollte die Auffassung der „Schles. Zeitung“ stimmen, so hätten die Sozialdemokraten im Kreistag Gelegenheit zu bereden, ob es ihnen mit ihrem im Wahlkampf so oft betonten Kampf gegen die Junker ernst ist. Eine zielbewusste Opposition evtl. Obstruktion kann verhindern, daß die bürgerlichen Parteien im Kreistag ihre Mehrheit mißbrauchen.

Unterdrückung der Kommunistischen Partei in München!

Die im Laufe unserer Propaganda-Woche einbezogenen öffentlichen Versammlungen in München wurden teilweise ohne Angabe von Gründen von der Polizei verboten, teilweise empfindlich gestört. So wurden z. B. am Donnerstagabend im Bezirk München-Nord die Platane entfernt. Im Bezirk Thalkirchen mußte das Thema geändert werden. Die Versammlung im Kogelbräu in Unterfenbling wurde verboten. In Westend durfte die Genossin Mischenbrenner ihre Rede nicht beenden.

Sowjet-Rußland und Lausanne.

W.B. Lausanne, 24. April. Die russische Regierung hat bis heute keinen offiziellen Delegierten für die Lausanner Konferenzen entsandt; dagegen wird ein Mitarbeiter der früheren russischen Abordnung den Gang der Verhandlungen verfolgen. In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß Rußland vor Beendigung der Verhandlungen eine offizielle Delegation hierher entsenden werde, um endgültig bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages den Standpunkt der russischen Regierung bekannt zu geben.

Die Äußerungen über Mühlheim und den Anilin-Skandal.

Reichstags-Sitzung vom 28. April.

Der erste Gegenstand betraf die Erhöhung der Einkommensteuer um das etwa 100fache.

Genosse Roenen

Der Herr Abgeordnete Herr Müller fragte, ob das die Antwort auf die Beschlüsse des Reichstags sei. Er sprach sich gegen die gemeinen Vorklagen weiterer Belastungen der Massen nicht einzuhalten. Die Steuer, die heute eine Milliarde Mark einbringt, nach der neuen Vorlage 100 bis 120 Milliarden Mark einbringen, wobei die Regelung ganz rücksichtslos großkapitalistische Vorteile dadurch treibt, daß sie für die kleineren Klassen alle Vergünstigungen befreit.

Ein Vorschlag über die Anpassung der Gehälter wurde nach kurzen Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Raddach angenommen.

Die weitere Wirtschaftsdebatte

Die Rede der Demokrat Knieß mit Handwerker-Beizug. Im Folge der deutschnationalen Hauptgeschäftsführer des Verbandes der deutschen Eisen- und Stahlindustriellen Dr. Schmidt. Er sprach als Vorsitzender des Großkapitals. Von Hungergeheimnisse heute nicht gesprochen werden. Gegenüber man von Hungergeheimnissen sprechen. Dem alten Aktionäre ging es bitter. Die einzige Klasse, die sich von der Verdrängung fernhalten konnte, sei die Arbeiterklasse. — Dann sprach

Genosse Kemmel

Er schilderte die schamlosen Äußerungen von dem Kommunistenputz in Mühlheim und stellte an die Hand des unwiderlegbaren Beweismaterials, daß die Arbeiter im Kampf um den Profit der Privatkapitalisten Arbeiterblut vergossen wurde. Es handelt sich um den Widerstand der Arbeiter gegen die Praxis, Notstandsarbeiten aus der Ruhigstellung zu finanzieren. Die Arbeiter verlor die Löhne und die Lebenshaltung. Die Arbeiter erhalten 40 Prozent Arbeitslosengeld.

Im zweiten Teil seiner Rede ging Genosse Kemmel noch einmal auf die Geschäfte der Anilin-AG mit der französischen Regierung ein. (Die Ausführungen des Genossen Kemmel können wir morgen ausführlich.)

Wirtschaftsminister Beyer antwortete auf eine Reihe Reden, die in der Freitags-Sitzung zu der Wirtschaftskammer gesprochen hatten. Er betonte dabei wesentlich die gründlichen Ausführungen des Genossen Seydewitz, der die Bekämpfung von aller Minister der demokratischen Republik eingehalten wird. Die Ausführungen des Genossen Kemmel können sich nicht mit den Ausführungen übergehen. Er antwortete zwar nicht auf die Mühlheimer Anklagen Kommande. Um so ausführlicher ging er auf

den Anilin-Skandal

ein. Aber auch nicht, um ihn zu verurteilen, oder zu verteidigen, sondern um zu erklären, mein Name ist Haas, ich weiß von nichts. Die Regierung habe offiziell keine Kenntnis von dem Betrage gehabt, außerdem liegt die Sache vor freier Ansicht. Im Widerspruch dazu stand freilich, daß er den „Hörten-Kurier“ gestrichelt, der sich für das Anilinschicksal ausgesprochen hatte, und daß er dem Gen. Kemmel den Rat gab, die Angriffe auf die Anilinschicksal von einem nicht unter die Kommunisten fallenden Genossen erheben zu lassen, damit die Staatsanwaltschaft sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen könne. Den stürmischen Reden der Kommunisten gegenüber, daß diese Angriffe in der ganzen deutschen Presse hunderte erhoben worden seien, stellte er sich nicht.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Schmidt (D.F.P.), der anerkennt, daß die Kommunisten an den Mühlheimer Vorgängen keine Schuld tragen, aber geneigt hätte, daß sie ihren Einfluß zu deren Berichtigung geltend gemacht hätten, antwortete Genosse Kemmel dem Wirtschaftsmন্ত্রী. Mit allem Nachdruck trat er noch einmal den Beweis für seine Behauptungen gegen die Anilinschicksal an, worauf Teile mit einigen schabdrigen Redensarten antwortete.

Genosse Kemmel Gothein (Dem.) nochmals ein Wort über die Not der armen Arbeiter an und Genosse Kemmel nahm zum dritten Male das Wort, um weiter in seine Schandenreden einzutreten. Dann fand sich in dem Volksparlament ein Vertreter der Anilinschicksal.

Die Orubenbrandkatastrophe auf dem Bahnschacht in Waldenburg.

Ohne Folge der kapitalistischen Profitgier.

Wie wir gestern bereits kurz meldeten, sind durch einen Orubenbrand auf dem Bahnschacht (Fürstlich-Meißische Bergwerksdirektion) sechs Bergleute tödlich verunglückt.

Über die Entstehung des Brandes verbreitet die Fürstlich-Meißische Bergwerksdirektion folgenden Bericht:

Seit etwa 14 Tagen wird im Bahnschachtfeld der conf. Fürstlicher Oruben an der Eindämmung eines im S. S. Flöze ausgebrochenen Orubenbrandes gearbeitet. Um einen sicheren Abschluß zu erhalten, wurden die Hohlräume und Streden so weit möglich zugespült. In der Nacht von Sonntag auf Montag brach die in der Wetterabzugstrecke liegende Spülleitung. Als der gebröhene Zell gerade ersetzt war, trat plötzlich in die bisher gasfreie Strecke starke Brandgase ein, so daß die Kameradschaft zurückgezogen wurde. Gleichzeitig drangen aber auch die Brandgase gegen den frischen Wetterstrom aus, so daß ein Abdämmen des Brandherdes in größerem Umfange ins Auge gefaßt werden mußte.

Um die richtigen Dispositionen hierzu treffen zu können, erhielt Steiger Hobeisel den Auftrag, von seiner Abteilung aus bis zur Wetterstrecke zu fahren, um die Stärke der abziehenden Wetter festzustellen und sofort Meldung über den Befund zu erstatten.

Aus einem nicht erklärbaren Grunde hat er, entgegen der ihm erteilten Forderung, die Wetterstrecke den Brandgasen entgegen behahren und ist nach über 50 Meter Marß betäubt liegen geblieben. Bei dem Rettungsversuche, ihn zu retten, sind leider 4 brave Bergleute ebenfalls vom Tode ereilt worden. Bei der außerordentlichen Heftigkeit und Stärke der Brandgase gestalteten sich die Bergungsarbeiten äußerst schwierig, da in der engen Strecke die Gastauchapparate leicht undicht wurden, so daß mehrfach Leute der Rettungstruppen umkamen. Als nachmittags gegen 5 Uhr wiederum zwei Rettungsleute in der Strecke liegen geblieben waren, von denen leider der Bauer Großpietich nur als Leiche geborgen werden konnte, wurden auf Anordnung der Behörde im Eiltempo Maßnahmen mit der Betriebsverwaltung die weiteren Besuche aufgegeben, zwei in der Strecke noch liegende Belegkassensmitglieder zu bergen, bis zu deren Retten man wiederholt Vorbedingungen war, ohne sie heranzuschaffen zu können.

An der Abdämmung wird zurzeit noch gearbeitet und hofft die Verwaltung, die letzten beiden Leichen noch im Laufe des Tages bergen zu können.

Die Namen der zu Tode Verunglückten sind: Steiger Hobeisel, Bauer Baumer, Bauer Rücker, Bauer Köhler, Bauer Kruse, Bauer Großpietich.

Es zeigt sich hier dasselbe, wie bei den anderen Orubenkatastrophen. Die Unternehmern verlangen sofort nach Bekanntwerden der Unglücksfälle durch irreführende, gefärbte Berichte die Öffentlichkeit zu täuschen und die empörte Arbeiterchaft zu beschwichtigen.

Die Katastrophe hat dem Gen. Kemmel nichts anderes übrig gelassen, als erneut die Dokumente zu veröffentlichen, in denen die Direktion die Geschäfte der Anilin-AG bewilligt. Ein Teil des Geldes, übrig bleibt nur das Kapital für Aus- und Einzahlungsbewilligung.

Nach längerer Sitzung wurde die morgige Tagesordnung als Tagesordnung festgesetzt. Berathungsberechtigungsbesetzung der Staatsverwaltung.

Preussischer Landtag.

Bei der Weiterberatung des Finanzetats kam für die Reichs- der Abg. Rabold zu Wort. Dieser ehemalige MSPD-Mann appellierte wie ein wahrer Vorkämpfer gegen die Sozialdemokratischen Bestrebungen. Er gestand zu, daß die Regierung alle über den Kampf gegen die Reaktion gegebenen Versicherungen gemacht haben. Er unterließ aber die Tatsache, daß die parlamentarische Regierung von den Sozialdemokraten beauftragt worden sind. Gegenüber der brutalen und mit rücksichtsloser Entschlossenheit zum Bürgerkrieg führenden Sozialdemokratie bekämpfte sich der Sozialdemokrat Rabold in passiver Einsamkeit. Wir wollen den Bürgerkrieg vermeiden, flammte er, worauf ihm von rechts hohnvolles Lachen antwortete. Wie ein Bierhülster forderte er von rechts und links „Ruhe und Ordnung“, worauf er, wodurch dann die ganze „Selbstverpflichteter“ überflüssig wurde.

Durch einen sofort an Ort und Stelle gefassten Beschlusses wird uns gemeldet:

Die von der Fürstlich-Meißischen Bergwerksdirektion gegebene Darstellung entspricht insofern nicht den Tatsachen, als Hobeisel nicht allein zur Wetterstrecke fuhr, sondern sich von der zwei tödlich verunglückten Bauern bald mitnahm. Den anderen zwei Bauern erteilte er den Befehl, sich zur Reserve bereit zu halten. Als Hobeisel und die zwei Bauern nicht zurückkehrten, gingen ihnen die in Reserve gebliebenen Kameraden entgegen und kamen auf dieselbe Weise ums Leben.

Die Bergwerksdirektion trägt für die schreckliche Katastrophe die volle Verantwortung.

Denn trotzdem der Orubenbrand seit 14 Tagen herrschte, waren die Zufuhrstrecken zu der Wetterstrecke, wo die Gase abzogen, noch nicht verschlossen.

Statt den Berg sofort stillzulegen und von jeder Wetterzufuhr abzuschließen, wurde 14 Tage lang herumprobiert. Freilich hätte eine Stilllegung für die Fürstlich-Meißische Bergwerksdirektion eine erhebliche finanzielle Einbuße bedeutet.

Und um den Geldsack zu schonen, setzte man das Leben der Bergproleten wieder einmal in fabelhafter Weise aufs Spiel.

Wenn — wie uns mitgeteilt wird — die Bergpolizei nicht sofort energisch durchgreift, so besteht die Gefahr, daß der Brandherd ausbricht, da die gegenwärtigen Abdämmungsarbeiten nicht mit der nötigen Gründlichkeit erfolgen und nur eine Notarbeit darstellen.

Es ist die höchste Zeit, daß die gesamte Waldenburger Bergarbeiterchaft angesichts der von Woche zu Woche sich häufenden Unglücksfälle zum Kampf gegen das Orubenverbrechen entschlossen auftritt und die sofortige Kontrolle der Oruben durch die Bergbehörden fordert.

Gerade über die Zustände auf dem Bahnschacht haben wir in der „Schles. Arb.-Ztg.“ fortgesetzt Beschwerden der Belegschaft veröffentlicht.

Obwohl bereits vor einigen Tagen zwei Arbeiter an derselben Grube an Gasvergiftung erkrankten und 20 Meter von der Brandstätte entfernt Bergarbeiter beschäftigt waren, die über dauernde Kopfschmerzen (infolge des Einatmens von Gas fliegen) hat die Direktion alle Warnungen mißachtet. Ein unserer Partei angehörendes Betriebsratsmitglied weigerte sich daher auch, unter den schändlichsten Verhören der Direktion seine Unterschrift zu setzen.

Leider lassen sich einige Arbeitervertreter durch die schändlich geschminkte Haucherei der Bergwerksdirektion und vergessener Kapitalisten irreführen.

Die revolutionären Massenbewegten Bergarbeiter Waldenburgs lassen sich nicht täuschen. Sie sind schonungslos ihrer ersten Kameraden, den Kampf gegen den profit- und blutgierigen Kapitalismus mit ungebrochener Energie weiterzuführen.

Die Sozialdemokratie bekämpfte sich der Sozialdemokratie dreimal in passiver Einsamkeit. Wir wollen den Bürgerkrieg vermeiden, flammte er, worauf ihm von rechts hohnvolles Lachen antwortete. Wie ein Bierhülster forderte er von rechts und links „Ruhe und Ordnung“, worauf er, wodurch dann die ganze „Selbstverpflichteter“ überflüssig wurde.

Der deutschnationalen Abg. Baedeker richtete Angriffe gegen Severing wegen des Verbots nationaler Organisationen. Severing antwortete mit einem Bekenntnis zum nationalen Gedanken, den er gern zu „nationalem Optimismus“ gegen Polnare entlassen möchte. Als Minister gilt ihm die höchste Aufgabe: die Staatsautorität zu sichern. Sein Kampf gegen den Kaiser sei doch wohl nicht so ganz ohne Erfolg gewesen, denn die Wirtschaftsbereiter Preußens erkläre, daß durch seine Erlasse weite Kreise des Handels und Gewerbes beunruhigt worden sind. Ganz mit Stolz über diese jämmerlichen „Erfolge“ erfüllt, glaubte Severing sich eine Antwort auf die Frage unteres Fraktionsredners leisten zu können, wie er zum Kampf der schlesischen Arbeiter stehe. Der Scharfmacher Seidig (MSPD) und Bartel-Hammer (Dem.) stellten Koalitionsreden. Charakteristisch für die Parlamentarierhaltung des „Vorwärts“ ist es, daß er aus

der Sozialdemokratie Severings dessen Selbstempfehlung an die Genossen der Großen Koalition durch Unterstreichen einer „ordnungserhaltenden Tätigkeit“ gegen die revolutionären Arbeiter, z. B. bei der Märzaktion, gestrichelt hat. Ist der „Vorwärts“ mit dieser Tätigkeit Severings nicht einverstanden, oder mag er es nicht seine Arbeiterleiter an Severings und Fraktionsarbeiterscheit zu erinnern? Die „Vorwärts“ macht es natürlich dem „Vorwärts“ gleich.

Beamtenstreik in Köln.

Die Eisenbahner im Reichsbahndirektionsbezirk Köln, die in der englischen Zone bisher weiterarbeiten, sind zum Streik gezwungen worden, weil sie mit ihren Bezügen nicht zurecht kommen. Die geringfügigen Extrazuschüsse an die Eisenbahner des besetzten Gebiets hat die deutsche Bourgeoisie längst durch gestiegenen Zucker wieder weggestohlen. Die Reichsbahndirektion lehnte eine geforderte Erhöhung der Bezüge ab. So steht die Eisenbahnerstreikfähigkeit der deutschen Regierung aus. Auch die übrigen Eisenbahner des besetzten Gebiets sind in schwerster Notlage, sie können sich aber nicht wehren, weil der Betrieb ruht. Die Kölner Eisenbahner sind zum äußersten entschlossen, der Kampf kann nur durch ein Nachgeben der Regierung beendet werden. An den übrigen Eisenbahner liegt es, Solidarität zu üben.

Die Eisenbahner im Reichsbahndirektionsbezirk Köln, die in der englischen Zone bisher weiterarbeiten, sind zum Streik gezwungen worden, weil sie mit ihren Bezügen nicht zurecht kommen. Die geringfügigen Extrazuschüsse an die Eisenbahner des besetzten Gebiets hat die deutsche Bourgeoisie längst durch gestiegenen Zucker wieder weggestohlen. Die Reichsbahndirektion lehnte eine geforderte Erhöhung der Bezüge ab. So steht die Eisenbahnerstreikfähigkeit der deutschen Regierung aus. Auch die übrigen Eisenbahner des besetzten Gebiets sind in schwerster Notlage, sie können sich aber nicht wehren, weil der Betrieb ruht. Die Kölner Eisenbahner sind zum äußersten entschlossen, der Kampf kann nur durch ein Nachgeben der Regierung beendet werden. An den übrigen Eisenbahner liegt es, Solidarität zu üben.

Demonstration der Kleinbürger.

Am 22. April. Heute vormittag fanden hier drei große Massenkundgebungen des Aktionsausschusses „Nie wieder Krieg“ statt. Ansprachen hielten der Bergarbeiterführer Abgeordneter Linbergh, H. v. Gerlach, Professor Quitt. Es wurde die Absendung eines Telegramms an den Reichskanzler beschlossen, in dem unter Bezugnahme auf die Rede des Ministers des Auswärtigen Dr. von Rosenfeld vom 18. April und auf die Rede des englischen Außenministers Lord Curzon vom 20. April an die Reichsregierung die dringende Aufforderung gerichtet wird, sofort durch eine Mitteilung deutscher Vorschläge an die Bevollmächtigten der Alliierten den vom deutschen Volke durchgeführten passiven Widerstand ein festes Ziel zu geben und eine den Interessen des deutschen wie des französischen Volkes entsprechende Verständigung herbeizuführen.

Der Ruhrkrieg.

Der zweite Bürgerkrieg von Kaiserslautern, Velle, ist von den Besatzungsbehörden gestern verhaftet worden. Velle ist 71 Jahre alt.

Belegung neuer Bechen.

Am 23. April früh ist auch die Beche Lothringen bei Gerthe, und zwar die Kaserne der Kraftanlagen 1, 2 und 4 von den Franzosen besetzt worden. Von dem Schacht 4 werden Witten, Ferne und Langendreer mit Gas versehen. Die Belegschaften der Schachtanlagen sind in einen eintägigen Proteststreik getreten. Französische Truppen haben den Bahnhof Weidenbach-Gib und die Ruhrortener Höfen besetzt. Auf den besetzten Bechen „Viktoria“ und „Hansemann“ haben die Franzosen die Kohlsortäre beschlagnahmt. Die Belegschaften sind auf allen am Sonntag besetzten Bechen in den Streik getreten, also auch auf „Altstaden“.

Nauheim, Werschau und Dauborn wurden ins besetzte Gebiet einbezogen, sind aber noch nicht besetzt.

Die Besatzungsbehörde hat ab heute über Kaiserslautern eine sechsstägige Verkehrsperre von 6 Uhr abends bis morgens 5 Uhr verhängt.

Kurze Meldungen.

Bürgerkrieg in England. London, 24. April. Lord Birkenhead schreibt in der „Sunday Times“, die konservative Partei stehe einem Debatte gegenüber, das größer sei als das 1906 erlittene. Es sei sicher, daß die Arbeiterpartei stärker werde. Bei den nächsten Wahlen werde keine Einheitspartei, weder die vereinigte liberale, noch die vereinigte konservative Partei der Arbeiterpartei erfolgreich widerstehen können. — Das Bürgerforum versteht es ausgezeichnet, sich zusammenzufinden, wenn seine Position bedroht ist. Möge das Proletariat daraus lernen, sich zur Eroberung von Positionen zu einem proletarischen Blocke zusammenzuschließen.

Aussperrung auf englischen Werften. London, 24. April. Der Arbeitgeberbund für die Schiffbau-Industrie erklärte die Aussperrung vom 30. April ab.

Gefangene irische Freiheitskämpfer brechen aus. London, 24. April. Reuter meldet aus Dublin: 71 Gefangene des Lagers Curragh sind durch einen von ihnen gegrabenen unterirdischen Gang entwichen. Einige sind wieder ergiffen.

In Massen heraus zu den fünf internationalen Meetings

am Sonntag, den 29. April, vorm. 9 Uhr, in Dresden, im Konzertgarten Schlegelwerder, nachm. 4 Uhr, in Waldenburg auf dem Ring — am Montag, 30. April, nachm. 5 Uhr, in Landeshut auf dem Marktplatz — am Dienstag, 1. Mai, vorm. 11 Uhr, in Freiburg, am Salgenberg — nachm. 4 Uhr, in Langenbielau, Marktplatz

Es sprechen die Genossen: Mercier-Paris, Smith-London, Erik Sedert-Berlin und ein Vertreter Sowjet-Rußlands.

Arbeiter, Angehörige, Beamte! Proletariertroupe! Ist internationaler Solidarität! Gern für Waldenburg! SPD, Bezirksleitung Glatz.

Breslau. Solales.

Die „Vollmacht“ und die bürgerliche Presse zum Ergebnis der Breslauer Kreiswahl.

Die „Vollmacht“ und die bürgerliche Presse zum Ergebnis der Breslauer Kreiswahl. Zum Wahlergebnis freilich die „Vollmacht“... Kritik über die Deutschnationalen sein. Trotz ihrer maßlosen Hege ist es ihnen nicht gelungen, für den Bürgerblock die Mehrheit herauszuholen. Sie selbst haben die eine Stimme, die sie mehr erreichten, dem Zentrum abgenommen. Wenn auch unsere Partei, die unter den Verdächtigungen und Verdröhnungen ihrer politischen Gegner am meisten zu leiden hatte, zwei Sitze eingekippt hat, so sind diese doch nur an die Kommunisten gefallen. Diese sind offenbar die Hauptgegner der Deutschnationalen Hege. Das Stimmenverhältnis im Kreiswahl selbst also ist das gleiche geblieben, wenn die SPD eine vernünftige Politik in unserem Sinne zu treiben imstande ist, verbessert hat also die Herren von rechts um nichts.

Die Bogel der „Vollmacht“ ist geradezu blühend. Weil sie nicht angeben will, daß ihre Stimmengabe von 22.613 auf 17.681 zurückgegangen ist, und daß sie die 12 Sitze nur mit aller Kraftanstrengung und Mobilisierung sämtlicher Kräfte, sogar das Parade Pferd Paul Uebe mußte nach Breslau wand, erhalten konnte, sucht sie die kommunistischen Stimmen auf das Konto der Deutschnationalen Hege.

Unsere Stimmengabe wäre dreimal so stark gewesen, wenn wir wie die B. S. V. D. auf dem Umwege alle Organisationen besessen und die gleiche Anzahl von Versammlungen hätten abhalten können. Nun sind wir aber einmal noch eine junge Partei und unsere organisatorische Arbeit in Breslau-Dand begann eigentlich erst mit der Ausarbeitung der Wahlen. Wenn wir nun innerhalb drei Wochen 2644 Arbeiter um unsere Fahnen sammeln, so ist das ein zu weiterer Arbeit in Breslau-Dand ermutigender Erfolg unserer Agitationsarbeit. Nur die geradezu raffische Aktivität des Herrn Dand oder die politische Jungfräulichkeit des Herrs Dandmann kann es fertig bringen, den Befehl der „Vollmacht“ glauben machen zu wollen, daß die Zahl der kommunistischen Stimmen eine Folge der Deutschnationalen Hege sind.

Der Rückgang der sozialdemokratischen Stimmen beweist, daß die sozialdemokratischen „Birnbaum“ auch in ihrer höchsten bei B. S. V. D. Domäne Breslau nicht in den Himmel wachsen und die Arbeiter langsam zu der Erkenntnis kommen, daß die Politik der B. S. V. D. Führer die Arbeiter immer tiefer ins Verderben führt. Die B. S. V. D.

kann sich darauf verlassen, daß sie bei den kommenden Gemeindevahlen noch ganz andere Überraschungen erleben wird.

Was die vernünftige Politik unserer Genossen im Kreislandtag angeht, so können wir der „Vollmacht“ versichern, daß die Genossen Kesselmann und Sommer nicht bloß die B. S. V. D. Politik brandmarken werden, wenn die B. S. V. D. Kreiswahl-Abgeordneten den steuerlichen Dummheit Konzeptionen machen sollten. Solche Konzeptionspolitik hat die B. S. V. D. im Kreiswahl ja bis zum großen Kraach mit Hermann und Justitz zum Bürgerblock betrieben. Augenblicklich spielen die B. S. V. D. er wieder einmal Opposition. Wenn es nicht bei dem Spiele bleiben und die B. S. V. D. grundsätzliche Klassenpolitik treiben wird, dann — aber auch nur dann — wird sie die Unterstützung unserer Genossen finden.

„Schlechte Zeitung“, „Schlechte Volkszeitung“ und die Stimmblätter sind natürlich recht enttäuscht darüber, daß sie die bürgerliche Mehrheit nicht erreichen konnten. Und dieser Kreisfall trotz der großen Anstrengungen, in die sich die Deutschnationalen (die geistigen Inkosten des gelben Arbeiterkreises) sich nicht mühen, gestützt haben. Auch der Speck, den die Deutschnationalen in Sadowitz und vielen anderen Orten reichlich an die Wähler spendeten, war vergeblich.

Das Zentrum sucht sich über den Verlust eines Mandats dadurch zu trösten, daß es behauptet, es habe im Gegensatz zu den anderen Parteien mit der Agitation im „Interesse des vaterländischen Burgfriedens“ merklich zurückgehalten, und so anscheinend unter der Wahlmüdigkeit am meisten geblieben. Die Wahlmüdigkeit scheint sich nach unseren Beobachtungen nur auf die Redaktion der „Schlesischen Volkszeitung“ beschränkt zu haben, denn die Herren Pfaffen waren gar nicht wahlmüde. Sie haben von der Kamel aus recht regiert. Jedes alte Mittel kam am Wahltag von der Kirche mit dem im Gebetsbuch liegenden Wahlzettel amarschiert und wählte „pflichtgemäß“ nach den Befehlen der allein seligmachenden Kirche. Wenn trotzdem das Zentrum ein Mandat verloren hat, so ist das ein Beweis für die wirklich fortschreitende Gottlosigkeit der Bevölkerung, über die auch der in Breslau stattgefundenen Arbeitnehmertagung des Zentrums wieder einmal recht lebhaft gesagt wurde.

Freie Turnerschaft. Die wegen der schlechten Witterung am Sonntag, den 15. April, ausgefallenen Serienspiele der ersten Mannschaften werden am 6. Mai ausgetragen. Einteilung und Spielplätze bleiben dieselben. Vereinsleiter.

Provinzielles. Die Defizitwirtschaft in der Provinzialverwaltung.

Rein Geld für Arbeitsnehmer und Armenhilfe. In der Schlußsitzung des Provinziallandtages am Freitag wurde der Provinzialhaushaltsplan in Einnahmen und Ausgaben auf je 9.971.000.000 Mk. und der Gesamtsteuerbedarf auf 1.285.000.000 Mk., der Haushaltsplan des Landarmenverbandes in Einnahmen und Ausgaben auf je 12.038.080.000 Mk. und die Landarmenbeiträge auf 2.933.330.000 Mk. festgesetzt. Der Etat wurde gegen die Stimmen unserer Fraktion, die durch Genossen Jendrosch die Ablehnung begründen ließ, abgelehnt.

Der Provinziallandtag folgte der Entscheidung zu, die bereits vom Provinzialausschuß der Staatsregierung mitgeteilt worden war:

Der Provinzialausschuß von Schleien unterbreitet der Reichsregierung und der Staatsregierung die Mitteilung, daß der Provinzialverband an Provinzialsteuern und Landarmenbeiträgen folgendes hat festlegen müssen: Den Steuerbedarf des Provinzialverbandes auf 3.221.225.500 Millionen Mark, den Steuerbedarf des Landarmenverbandes (ohne Breslau) auf 7 1/2 Milliarden Mark. Das bedeutet, allein auf Realsteuern berechnet, Zuschläge von 10 1/10 Prozent beim Provinzialetat und von 32 4/5 Prozent beim Landarmenetat, die den einzelnen Kreis (außer Stadt Breslau) gemeinsam treffen. Als weitere Belastung kommen die Pflegegelder der außerordentlichen Armenpflege hinzu. Nach einmütiger Ansicht aller Mitglieder des Provinzialausschusses ist die Belastung der Kreise von den Steuerpflichtigen zum übergroßen Teile nicht zu tragen, besonders dann, wenn eine Stabilisierung der Mark erfolgt.

Die Provinz steht vor der Notwendigkeit, einen Teil ihrer gesetzlichen Aufgaben völlig abzuhängen, insbesondere auf dem Gebiete der außerordentlichen Armenpflege und des Arbeitsnachweises. Für die nationalistische Rührhilfe hatte die Provinziallandtag immerhin noch 50 Millionen übrig, aber für Armenhilfe und Arbeitsnachweis langt es nicht mehr. Die (Red.) Andererseits ist der finanzielle Zusammenbruch der Kreisverwaltungen und der Provinzialverwaltungen nicht abzuwenden, nachdem bisher das Finanzausgleichsgesetz angenommen worden ist. Sollte noch in letzter Stunde geplant sein, durch schlenzige Beratung und Annahme dieser Gesetze den Zusammenbruch von Gemeinden und Ge-

meindeverbänden abzuwenden, so muß gefordert werden:

- 1. Erhöhung der Reichsbeiträge auf mindestens 90 Prozent, nachdem die Reichsbeiträge in letzten Monat sich mehr als verdoppelt hat ohne jedes Zutun der Provinzialverwaltung der Kommunalverbände;
- 2. Umwandlung der bisherigen Staatliche veränderliche Anteile des Staates an den tatsächlichen Kosten der Verwaltungstätigkeit, welche seinerzeit Dotationen gegeben wurden, möglichst unter Bereinfachung des Abrechnungsverfahrens; bei Überschreitungen soll nach Möglichkeit die Steuerbelastung rückwärts ausgeglichen werden. Der Provinzialausschuß darf die Quartalsraten von Provinzialsteuern und Landarmenbeiträgen nur soweit einbehalten, als dies nach den zu erwartenden Einnahmen auch aus neuen Gesetzen und nach dem Geldwert unbedingt notwendig ist;
- 3. Uebernahme des vollen Aufwandes für die durch Reichs- und Landesgesetz neu zugewiesenen Aufgaben;
- 4a) Zulassung von Zuschlägen zur Grundsteuer unter Freigabe eines erheblichen Anteils an der Reichssteuer für die Kommunen;
- b) mindestens aber erhebliche Erhöhung des Provinzialanteils an den Reichsteuern einschließlich der Umsatzsteuer, an der auch die Provinzen beteiligt werden müssen, solange die Forderungen unter 1-4a nicht erfüllt sind;
- 5. Unverzügliche Verabschiedung des dreizehnten Jahrgangsgesetzes;
- 6. Rechtzeitige Ausschüttung der Reichs- und Staatszuschüsse, insbesondere von einschneidenden Maßnahmen der Markstabilisierung oder -besserung.

Jugeneilegung. Die Reichsbahnverwaltung teilt mit: Vom 28. April d. J. ab verkehrt Sonntag abends Personenzug 443 mit dritter und vierter Wagenklasse Kohlsurt ab 7.30 nachmittags mit Aufenthalt auf allen Zwischenstationen, Dienstag an 9.14 nachmittags. In Siegen hat dieser Zug Anschluss an den für Sonntag zwischen Siegen und Königfeld wieder angelegten Zug Nr. 389, Siegen ab 9.52.

Responsible für den gesamten redaktionellen Teil: Johannes B. ... Druck und Verlag: ...

Einen neuen Leser! Genosse, vergiß es nicht!

Berichtungs-Kalender.

- KPD** Bezirksleitung: Büro u. Kassier, Breslau, Friedrichstr. 50. Tel. Ring 9837. Abends 7-10 Uhr. C. Lipner, Breslau, Friedrichstr. 50.
- Wittwoch**, den 25. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Freitag**, den 27. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Sonntag**, den 29. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Montag**, den 30. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Dienstag**, den 1. Mai, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...

Gewerkschaften

Freiburg i. Sch. Gewerkschaftsbüro. Einmündig, den 25. April, abends 7 Uhr, im „Hauswald“ ...

Andere Organisationen

- Breslau**. Allgemeines Arbeiter-Turn- und Sportfest, abends 7.30 Uhr, in der „Stadt Wien“ ...
- Dresden**. Freiwirtschaftliche Gemeinde. Donnerstag, den 26. April, öffentliche Versammlung ...
- Sohlenleder-Ausschnitt**. In allen Größen u. Stärken preiswert.
- Gebr. Tischler**. Einrichtung, Werkzeuge, Filiale: Sandstraße 24.
- Wetterer Genosse**. Sucht für sofort ein (ander. mögl. Zimmer) Offizier unter A.B. in der Expedition dieser Zeitung abzugeben.

KJD

- Breslau**. Bezirksleitung. Donnerstag, abends 6 Uhr, Sitzung im Jugendklub.
- Freitag**, den 27. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Sonntag**, den 29. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Montag**, den 30. April, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...
- Dienstag**, den 1. Mai, abends 7 Uhr, im Baurgarten, ...

Achtung Genossen!

Feldgraue Litewken, hohen halbe Damenschuhe, prima Schürschuhe, Militärschürschuhe (mit Knöpfen) verkauft.
Kupczak
Sadowastr. 14, III.
Achtung Genossen!
Anfertigung sämtlicher Herren-Garderobe nach Maß zu den billigsten Preisen.
W. Radewski, Oderstr. 14, III.

Proletarier lies!
Nur durch die Vertiefung Deines Wissens kann die geistige Diktatur des Kapitals gebrochen werden.
Die Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Abtl. Buchhandlung Breslau Nikolaistraße 49/50
hat ein reichhalt. Lager aller einschlägigen proletar. Literatur aufzuweisen.
Eine reichhaltige Sendung neuer kommunistischer Literatur ist eingetroffen.

Voranzeige! Alexanderstr. 12, hpt.!
Von Mittwoch, den 25. bis Sonnabend, den 28. April
4 aufsehenerregend billige Porzellantage
für „Hausfrauen“ und „Bräute“.
Teller, tief und flach, mit kl. Fehlern, Stück 700 Mk.
Teller, mittel, 500
Terrinen, groß, 10000
Bratenplatten, 5000
Schüssel, 3000
Gommesplatten, 6000
Saucieren, 5000
Kaffeekannen, 3000
Tassen, Paar 100
Kaffeeteller, Stück 200 Mk.
Das Porzellan ist alles mit Restbeständen.
Tafelservice, reizende Dekore, 77-tlg., v. 35000 an
Kaffeeterrassen, 15-tlg., 9000
Spezial chinablau Kaffeeservice, 27-tlg., 125000 Mk.

Gold-Silber
Platin - Bruch, Dublee
auch das kleinste Quantum
kauft über Reklamepreis
B. Heentschel, Reuschestr. 47/48
Haus Tichauer.

General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Geschäfts- u. Kassenbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes.
Am Sonntag, den 29. April 1923 nachm. 4 Uhr, im Hüttengasthaus
Sitzung des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
Bestimmtes und pünktliches Erscheinen ist Pflicht.
Der Vorstand.

Soeben neu erschienen:
Spitzel.
Aus dem Sumpf der politischen Polizei.
Broschiert, 61 Seiten stark, Preis 2100 Mk.
Das zukünftige Petrograd.
Von G. Zyprowitsch.
Broschiert, 137 Seiten stark, Preis 2100 Mk.
Theorie des historischen Materialismus.
Von H. Bucharin.
Broschiert, 372 Seiten stark, Pr. 13000 Mk.
Zu beziehen durch: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H.
Breslau, Nikolaistraße 49/50
Abteilung: Buchhandlung.